

Ein Beitrag zur Balkanisierung des Realen Sozialismus

WEDER GULYAS NOCH KOMMUNISMUS

5

Im Westen hat die VR Ungarn eine gute Presse. Dem schlichten Geschmack der Feindbildpflege genügt die Feststellung, daß dort vieles anders gehandhabt wird als in der Sowjetunion, um zu beweisen, daß dieser Staat unserem vorbildlichem System nacheifert.

10

Wirtschaftsfachleute raisonnieren mit Vorliebe über den "Einbau von Marktelementen in die Planwirtschaft", ob und wie das "funktioniert", ob da nicht noch mehr "incentives" oder "marktwirtschaftliche Strukturen" eingeführt werden müßten - ganz als hätten sie höchstpersönlich den Kapitalismus erfunden als eine Art Methodenlehre fürs "Wirtschaften", und würden mit ihrem aufgeklärten know-how Anhänger einer viel weniger erfolgreichen Methode zu überzeugen suchen. Als ob das wiederum der ganze Unterschied zwischen Ost und West wäre.

15

In Ungarn legt man dagegen Wert auf die Feststellung, daß man sich ein sehr eigenes Modell ausgedacht hätte und daß der Reformwille und die Bereitschaft, heftig über Lenkungsmethoden zu diskutieren, doch gerade die Lebensfähigkeit des Sozialismus beweisen, der den Erfordernissen der Zeit immerzu äußerst gerecht wird.

20

Recht haben beide Seiten irgendwie. Mit der ihm eigenen überzeugenden Kombination von Geschäft und Gewalt hat der Kapitalismus bisher noch jede andersgeartete Produktionsweise zerstört. Im Fall des Realen Sozialismus ist er bei der geschäftstüchtigen Eroberung allerdings auf den Willen der dortigen Machthaber angewiesen. Die entscheiden dort nämlich wirklich - im Unterschied zum überheblichen Gestus westlicher Wirtschaftsideologen - über Zweck und Weise des Produzierens. Für westliche Geschäftsinteressen gewinnen lassen sie sich aber auch und zwar aufgrund ihres *Nationalismus*.

25

Wirtschaftspolitik: Die permanente Reform

30

Den Führern der USAP (= Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) sind schon ziemlich früh ein paar Mängel an ihrer Nation aufgestoßen, nämlich deren verhältnismäßige "Rückständigkeit" als traditionelles Agrarland und das geringe ökonomische Potential einer "kleinen Nation". Beides sind Beschwerden, die mehr mit einer nationalistischen Rechnungsweise zu tun haben als mit Fragen, wie sie eine für die Bedürfnisse der Leute eingerichtete Planwirtschaft zu entscheiden hat. Die im RGW beschlossenen und durch wechselseitige Güterlieferungen und Wirtschaftshilfe unterstützten Industrialisierungsschritte hat man durchgezogen. Aber eine gewisse

35

Unzufriedenheit ist unüberhörbar, wenn nachträglich ein verfehltes, für ein Land wie Ungarn viel zu kostspieliges "Autarkiedenken" kritisiert wird. Sprich: die Festlegung auf die im RGW abgesprochene Arbeitsteilung, innerhalb derer auch ein "kleines Land" seine Produktionsprogramme rationell, auf großer Stufenleiter abwickeln können sollte, innerhalb derer es dann aber auch auf *diese* Entwicklung und den wechselseitigen Austausch festgelegt wäre.

5 Dagegen haben die Ungarn immer auch die Vorstellung einer "internationalen Arbeitsteilung" hochgehalten, an der man sich doch auch sehr vorteilhaft beteiligen könnte. Sie haben sich jedenfalls das Recht auf den Handel auch mit der anderen, feindlichen Seite offengehalten, den ab 1968 verstärkt betrieben und seitdem die üblichen Folgen zu verzeichnen, wie sie sich ein realer Sozialismus im Handel mit dem Westen einfängt. Entgegen der idyllischen Vorstellung vom "internationalen Handel", nach der die eine Nation ihre vorzügliche Salami gegen ebenso vorzüglichen Portwein oder Tuche eintauscht, hat es der ungarische Außenhandel mit den Eigenheiten des kapitalistischen Geschäfts zu tun bekommen, die man seitdem als eine unangenehme und unaufhaltsame "Verschlechterung der terms of trade" beklagt. Für Ungarn haben sich die Importe ständig, im Maßstab der westlichen Inflation, *verteuert*, während die ungarischen Exporte, die unabhängig von Kriterien des geschäftlichen Erfolgs überhaupt erst einmal zur *Devisenbeschaffung* nötig sind, keineswegs mit einfach steigenden Preisen abgewickelt werden können.

15 Die Beschwerden über diese "ungünstige Erscheinung" haben keineswegs zum Abbruch des Handels geführt, statt dessen sind die Schulden auf ungarischer Seite kontinuierlich angewachsen. Als 1982 die westlichen Geldgeber im Gefolge der Polen-Krise ihre Devisenguthaben abzogen, geriet Ungarn an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Man nützte die Gelegenheit, schnell und unauffällig in den IWF einzutreten, dessen Aufsicht nunmehr die fortdauernde Schuldenakkumulation durch eine westlich anerkannte Kreditwürdigkeit garantiert. Andererseits aber haben diese Außenhandelserfolge das ungarische Reformbedürfnis enorm gesteigert.

20 Im unvorteilhaften Verlauf des Außenhandels, wie er sich als *abhängige Variable* westlicher Geschäftsinteressen gestaltet, wollen die zuständigen Macher in Ungarn immer nur einen unzumutbaren Einsatz *ihrer* wirtschaftspolitischen Souveränität sehen. Die soll, wenn sie nur die richtigen Direktiven ausgibt, den Erfolg garantieren. Eben deshalb steht in Ungarn die Wirtschaftspolitik immerzu unter dem Titel 'Reform'. Und daß sich der Anlaß von der ursprünglichen Erwartung "wechselseitiger Vorteile" in so ziemlich das Gegenteil, nämlich den Zwang zur Schuldenbedienung verwandelt hat, hat das Reformprogramm nur radikalisiert.

Realsozialistische Selbstkritik I

30 Kapitalismus, das Ideal nationaler Reichtumsakkumulation

35 "Es ist wirklich schwierig, in der gegenwärtigen, hochgradig veränderlichen internationalen Situation fünf Jahre voraus zu planen. Wir können weder Öl- oder Rohstoffpreise für zwei oder drei Jahre vorhersagen, noch kann jemand angeben, mit welchen äußeren Ressourcen wir rechnen können - um nur zwei Faktoren zu nennen. Es wäre daher ein Fehler, Planentscheidungen auf diesbezügliche Annahmen zu gründen. Vorkehrungen für flexible Entscheidungen zu treffen und Optionen für Kurswechsel offen zu halten, scheint daher die vernünftigste Weise zu planen zu sein." (I.T. Berend, Reflections on the sixth Five-Year-Plan, *acta oeconomica* 26/1981, S. 17f)

40 Sicher - eine Planung mit *unvorhersehbaren* Weltmarktbedingungen läßt sich schwerlich machen. Dieses erlesene Problem gehört allerdings auch weniger zu Fragen, wie sie eine Planwirtschaft zu entscheiden hätte. Es steht vielmehr für den unbedingten Willen, auf Grundlage einer bereits

institutionalisierten Abhängigkeit der ungarischen Nationalökonomie vom Weltmarkt, von dessen Konjunktoren und Preiswechseln, einen erfolgreichen Außenhandel zu sichern. Dementsprechend sehen die Planungskriterien dann aber auch aus:

5 “In der heutigen Etappe wird Fortschritt durch solche Qualitätskriterien bestimmt wie up-to-dateness, Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit. Eine Wirtschaft ist dann wirklich dynamisch, wenn sie auch zu grundsätzlichen Wandlungen bereit ist und in der Lage, sich flexibel an die jeweiligen Bedingungen anzupassen.” (F. Havasi, The sixth Five-Year-Plan of the Hungarian National Economy 1981-1985, acta oeconomica 26/1981, S.3f)

10 Diese enorm materialistische Etappenbestimmung übersetzt die schlechten Erfahrungen auf dem Weltmarkt in das Ideal eines anpassungsfähigen Geschäftsgebarens. Eben dieses schöne Wunschbild vom erfindungsreichen Unternehmen und dynamischen Marktlückenriechen soll den sozialistischen Unternehmen zur Aufgabe gemacht werden. Die ungarischen Reformpläne fangen daher immer mit einer Selbstkritik an: Zuviel “Dirigismus” hätte der Ökonomie geschadet; eine den Betrieben auferlegte “Versorgungsicht”, “naturale Kennziffern” hätten sich als ein einziges
15 Hindernis für erfolgreiche Geschäfte ausgewirkt.

So äußert sich die Unzufriedenheit mit der von den Russen übernommenen Sorte Planwirtschaft: Da wird den Betrieben der Zweck der Gelderwirtschaftung für den Staatshaushalt vorgeschrieben und das ausgerechnet als Mittel zur bestmöglichen Versorgung der Gesellschaft mit
20 Gebrauchsgütern. (Eine ausführliche Erklärung der politischen Zwecke und ökonomischen Verfahrensweisen der Planwirtschaft im realen Sozialismus findet sich in MSZ Nr.7/1985: “Zur politischen Ökonomie des realen Sozialismus”.) Weil aber das eine sich überhaupt gar nicht im Sinne seiner Erfinder als “Hebel” für das zweite bewährt, sieht der Plan für die Betriebe einerseits Geldgrößen wie planmäßiger Gewinn, Abführungen an den Staat und diverse Fonds, andererseits
25 aber auch Mengen- und Sortimentsbestimmungen der Gebrauchsgegenstände vor, die sie produzieren sollen. Die ungarischen Reformen haben sich aber bezeichnenderweise nicht daran gestört, daß die Güterproduktion und -versorgung immerzu durch die Vorgaben und Praktiken der sozialistischen Gewinnproduktion konterkariert wird. Sie haben sich umgekehrt einfallen lassen, daß eine gescheite Geldvermehrung nicht durch kleinliche Rücksichtnahmen der zweiten Natur beeinträchtigt werden darf.

30 Der 1968 gefaßte Beschluß, den Außenhandel zu aktivieren, geht einher mit einer Bereinigung des Hebelwesens, mit der Einstellung der “verbindlichen Plananweisungen und der administrativen Verteilung der Produkte an die Unternehmen”. Die Betriebe sollten nicht länger mit Vorschriften über Sortimente und Mengen behelligt werden, sondern solche Fragen selbst entscheiden - ausschließlich nach ihren Geschäftserwägungen im Sinne des oben zitierten Ideals von up-to-
35 dateness und Rentabilität.

Seit 1968 hält sich aber auch die Kritik, daß es die ungarischen Unternehmen an den erwünschten unternehmerischen Qualitäten fehlen lassen. Und das angesichts der Schulden erneuerte Reformbedürfnis hat sich seit Beginn der 80er Jahre vorgenommen, den Betrieben den Standpunkt der Rentabilität endgültig beizubringen.

40 ***Neue sozialistische Errungenschaften: Inflation, Konkurrenz und Pleiten***

Der bisherige Umgang mit der westlichen Inflation, der das Wirtschaftswachstum nicht behindern lassen wollte und die dafür erforderlichen Importe subventionierte, war den Nationalökonomern zu kostspielig geraten. Sie ließen sich daher die Kritik einfallen, es sei ganz verfehlt gewesen; die einheimischen Betriebe von den rauen, aber lehrreichen Sitten des Weltmarkts “abzuschirmen”.

5 “Infolge der Preisreform werden die Unternehmen mit den Auswirkungen der jeweiligen internationalen Marktlage direkt konfrontiert. Es ist bekannt, daß Ungarn an der internationalen Arbeitsteilung stark beteiligt ist. Ein großer Teil der benötigten Maschinen und technischen Einrichtungen muß eingeführt werden und ein nicht unerheblicher Teil unserer Erzeugnisse wird exportiert. Unter diesen Umständen hat gewissermaßen jeder ungarische Betrieb - direkt oder indirekt - Mit den Auslandsmärkten zu tun. Daher besteht ein erstrangiges Wirtschaftsinteresse daran, daß das betriebliche Verhalten auf die internationalen Marktsignale ausgerichtet wird, daß die Unternehmen die Änderungen der Marktlage direkt vermittelt erhalten.” (Bela Szikszay, Über die Veränderung der Wirtschaftsregulatoren, Tarsadalmi Szemle, 1/1980, Osteuropa 2/82, A 109)

15 Auf der anderen Seite eröffnete man den Betrieben die Freiheit, ihre gestiegenen Kosten auf ihre Preise umzuschlagen, so daß die ungarische Ökonomie seitdem über die fortschrittliche Einrichtung einer kontinuierlichen *Inflation* verfügt. Ungarische Politiker bekennen sich ganz offen, im Gestus des Wirtschaftssachverständigen, zu der damit eingerichteten Rücksichtslosigkeit gegenüber den Konsumenten, die sich - für Ostblockverhältnisse ziemlich revolutionären -
20 Angriffen auf ihre Reproduktionsgewohnheiten ausgesetzt sehen:

25 “In der VI. Fünfjahrplanperiode stiegen die Erzeugerpreise um 32 Prozent. Das ist nicht wenig, aber wir können die dahintersteckende Preispolitik nicht nur als einen die Inflation auslösenden Faktor betrachten. Früher hatten wir in Ungarn die Erzeugerpreise künstlich niedrig gehalten und damit auch die technische Entwicklung sowie die Lust am Produzieren gehemmt. Den Betrieben fehlte es am Anreiz zur Produktion bestimmter Waren, die dann als Importanspruch oder auf der Liste der Mangelwaren erschienen...” (Havasi, 7.11.85, Nepszabadadsag)

Logo: Die “Lust am Produzieren” wird vor allem durch gutes Geld gestärkt, und zu dieser erwünschten Betriebstugend gehört nun einmal auch die Freiheit, die Konsumenten zu schröpfen.

30 Andererseits sind die Reformer nicht unkritisch gegenüber dem Preisgebaren ihrer Unternehmen. Ganz ihrer realsozialistischen Herkunft gemäß verfechten sie weiterhin das Ideal vom Preis als Hebel, der die Betriebe dazu zwingen soll, ihre Gewinne durch entsprechende Leistungen anstelle von bequemen Preisaufschlägen zu steigern. Zur Durchsetzung dieses Ideals haben sie sich allerdings eine weitere Neuerung einfallen lassen:

35 “Es fehlte eine gesunde Konkurrenz.” (Tamas Nagy, “Die ungarische Wirtschaftsreform und ihre Weiterentwicklung”, Konjunkturpolitik 6/85, S. 362)

Wie im VWL-Lehrbuch lehren sie die Nützlichkeit von Markt, Konkurrenz, Angebot und Nachfrage herunter und haben sich allen Ernstes daran gemacht, zur Unterbindung von “Monopolpreisen” eine Konkurrenz *einzurichten* und “Großunternehmen” zu “entflechten”.

“Es gilt,... die preisbildende Rolle von Angebot und Nachfrage in weiterem Kreis geltend zu machen, und zwar überall dort, wo die Voraussetzungen des Wettbewerbs bereits vorhanden bzw. zu schaffen sind...” (Staatssekretär Janos Hoos, Budapester Rundschau 36/1984)

5 “Wir trafen Maßnahmen zur Beseitigung von Monopolstellungen, zur Bildung neuer Betriebe und Genossenschaften. Im Zuge von Austritten und Trennungen entstanden fast 400 neue eigenständige Betriebe.” (Havasi, Nepszabadsag 7.11.85)

Und um das Konkurrenzideal komplett zu machen, daß die Betriebe “bei Strafe des Untergangs” um Gewinne zu konkurrieren haben, entdecken die Reformer zielstrebig, daß ihrer schönen
10 Ökonomie noch ein *echtes Betriebsrisiko* fehlt: die Chance zur Pleite. Die bisherige staatliche Praxis, Verluste wegen des Interesses an der Fortführung der Produktion abzudecken, soll nicht mehr gelten.

15 “Dabei haben die Betriebe stärker als gewohnt auf entstehende Verbindlichkeiten zu achten, weil der Staat nicht mehr automatisch die Finanzierung von Verlusten übernimmt oder bei Störungen im Zahlungsverkehr zwischen den Betrieben nicht mehr ohne weiteres für die Betriebe in die Bresche springt.” (Vizepremier Faluvegi, Budapester Rundschau, November 84)

Ganz im Sinne dieser Vorsätze wird breit über *Betriebsschließungen* berichtet und an der Abfassung eines *Konkursrechts* gearbeitet.

20 Die Notwendigkeit, lauter *Gesetze* zu erlassen, und die bleibenden Beschwerden, daß die Betriebe, anstatt eine flotte Konkurrenz aufzuziehen, viel lieber mit den Ministerien um Preise, Subventionen und Verlustdeckungen feilschen, beweisen jedenfalls eines: die Unwahrheit der gerade mit dem Fingerzeig auf Ungarn gerne verkündeten Ideologie von der Marktwirtschaft als
25 einem elementaren menschlichen Bedürfnis, das sich automatisch Bahn bricht, wenn der Staat nur seine Klauen von der Wirtschaft läßt. Das Bedürfnis nach dem gesunden Gewinnstreben ist in Ungarn ein rein *staatliches*, das den Betrieben mit lauter Gesetzen regelrecht aufgezwungen werden muß.

Aufträge zur Ausbeutung

30 In dieser Hinsicht müssen die Betriebsführer, nach Auffassung der Reformer, noch sehr viel lernen, was den korrekten Umgang mit dem Lohn als Kost und als Mittel zur Leistungssteigerung betrifft. So ergibt sich die interessante Front zwischen Staat und Betrieben, die noch viel zu wenig
35 “kostensensibel”, zu leichtfertig bei der Gewährung von Lohnerhöhungen seien. Das soll jetzt durch eine progressive Besteuerung von Lohnzuwächsen unterbunden werden. Daneben werden die Betriebe dazu angehalten, ihre Belegschaften durch Entlassungen zu vermindern; dafür gibt es Steuerminderung.

Und schließlich. hat man sich eine originelle Methode zur *Leistungssteigerung* ausgedacht: “freiwillige betriebliche Arbeitsgemeinschaften”, die zusätzlich zur regulären Arbeit für
40 Sonderzahlung Mehrarbeit abliefern. Vor dem Hintergrund der Lohndrückerei durch die Inflation funktioniert die “freiwillige” Beteiligung hervorragend; 12- und 14stündige Arbeitstage oder 80stündige Arbeitswochen sind keine Seltenheit. Allerdings ist das eine Form der Leistungssteigerung, die auf der verhältnismäßigen Unergiebigkeit der regulären Arbeitszeit

beruht und auch auf deren Kosten geht, wie man wiederum sehr selbstkritisch zugibt. Verglichen mit einem kapitalistisch durchorganisierten 8-Stunden-Tag, für den es dann aber auch das entsprechende, in die Maschinerie investierte Kapital braucht, ist diese Sorte Mehrwertproduktion doch eine ziemlich umständliche Methode. Mangel an *Kapital*, an Rationalisierungsmitteln, ist im
5 übrigen auch der Grund dafür, daß die von oben angezettelte Entlassungskampagne noch nicht zu einer nennenswerten Arbeitslosigkeit geführt hat.

Wiederentdeckung der Segnungen von Geld und Kredit

Als eine störende Hinterlassenschaft der realsozialistischen Vergangenheit hat man die
10 Vorschriften über die Gewinnverteilung auf die verschiedenen Betriebsfonds (Soziales, Reserve-, Entwicklungsfonds usw.) aufgehoben. Die Betriebe sollen - einzig dem Prinzip der Rentabilität verpflichtet - frei über ihre Geldmittel disponieren. Sie dürfen in Zukunft auch überschüssige Mittel gegen Zinsen verleihen oder sich zusätzliche Geldmittel durch Obligationen verschaffen. Unter dem Titel "Umgruppierung von Ressourcen" haben sich die Reformer die Auffassung zu
15 eigen gemacht, daß es für den Geschäftsgang vor allem auf die Erweiterung und Verflüssigung der Geldmittel ankommt. In der Gesellschaft vorhandene, brachliegende Gelder, Ersparnisse der Bevölkerung, Geldfonds der Betriebe sollen dem Geschäft zugeführt und auf dessen Geldbedürfnisse nach dem Kriterium der Rentabilität verteilt werden: Konkurrenz um Geldkapital mit verzinnten Papieren. Ein weiteres Stück Nacherfindung des Kapitalismus. Das Kreditwesen wird
20 ebenso ausgebaut: Wechselgeschäfte werden in erweitertem Maßstab legalisiert und neue Geschäftsbanken gegründet, damit die Konkurrenz auch das Geldverleihgeschäft in Schwung bringt.

Mehr Gerechtigkeit für Steuern und Sozialstaat

25 Im Bemühen, die Nationalökonomie als staatliche Geldquelle auf Vordermann zu bringen, sind die Wirtschaftsreformer konsequent auf den Widerspruch gestoßen, den auch der bürgerliche Staat in seinem Werdegang mitbekommen hat: Die staatliche Geldbeschaffung durch die Besteuerung der Unternehmen beeinträchtigt die Ergiebigkeit eben dieser Geldquelle.

30 "Die Lasten der proportionell vom Gewinn abhängigen Abgaben sollen gemindert und damit soll die Akkumulation erleichtert werden." (Hoos)

Der Gedanke, sich *andere* Geldquellen zu eröffnen, liegt nahe:

"Es wird jetzt eine Modifizierung des Steuerungssystems erarbeitet, darunter die Einführung der Mehrwertsteuer." (Havasi, Die Zeit, 30.5.86)

35 Die besitzt ja bekanntlich den Vorteil, daß sie vom Endabnehmer entrichtet wird, also nur die Konsumenten zur Kasse bittet.

"Es ist auch kein Geheimnis, daß die Verantwortlichen die Möglichkeit der Ausarbeitung und Einführung eines allgemeinen Systems der Einkommenssteuer in Erwägung ziehen. Eine für alle verbindliche Einkommenssteuer würde die öffentlichen Lasten gerechter verteilen." ("Die Brieftasche der Bevölkerung", Budapester Rundschau, Dezember 85)

So hat sich der Sozialismus gewandelt: Von einer einzig auf den Wohlstand der Arbeiter berechneten Einrichtung zu einer "öffentlichen Last", an deren Finanzierung sich die Arbeiter gerechterweise beteiligen müssen! Anklang finden solche Gerechtigkeitsparolen allerdings schon: So wird der Neid auf die neuartigen privaten Einkommen ausgenutzt, die mit Vorliebe als gesellschaftliches "Problem" debattiert werden, aber überhaupt nur wegen des staatlichen Interesses an einer neuen Geldquelle in die sozialistische Gesellschaft gekommen sind. Die Erlaubnis von Privatgeschäften mit bis zu 15 Arbeitskräften hat einerseits alle möglichen Schwarzmarkt- bzw. Schwarzarbeitsoperationen legalisiert, andererseits ein durch die allgemeine Verarmung gefördertes "Gewinnstreben" freigesetzt, das sich mit den absonderlichsten Geschäftsartikeln um Verdienstmöglichkeiten bemüht.

Wenn nun ausgerechnet diese Sphäre, 10-Mann-Klitschen in Handwerk und Dienstleistungsbereich, als der Inbegriff freien Unternehmertums und seiner wohltätigen Wirkung auf den Massenwohlstand angepriesen wird, und das von den Propagandisten der Marktwirtschaft, in deren Heimatländern der Kapitalismus eine Konzentration und Zentralisation sondergleichen zustandegebracht hat, ist das reichlich albern. Die hochgelobte marktwirtschaftliche Vernunft der Wirtschaftsreformer reduziert sich da auf die schlichte Berechnung, so gut wie alle Tätigkeiten, die ein Geld abwerfen, für nützlich, also legal, also sozialistisch verträglich zu erklären. Damit reißen dann allerdings hart an Wucher grenzende Methoden der privaten Bereicherung ein, die das Ihre zu der staatlich vorangetriebenen Verarmung beitragen. Und beides gemeinsam etabliert für die geschätzte Arbeiterklasse den sachliche Zwang, sich einen Zusatzjob, irgendeine Gelegenheit zum Geldverdienen zu suchen, weil man vom regulären Lohn kaum mehr leben *kann*. Auch das ist kein Geheimnis, nichts, was die USAP sich scheuen würde zuzugeben. Im Gegenteil, Formen von Armut, die in den "konservativen" realsozialistischen Staaten als geradezu skandalös angesehen würden, werden in aller Öffentlichkeit diskutiert, als "Problem" anerkannt und damit durchgesetzt.

Schließlich muß die Bevölkerung lernen, daß vieles aus dem realsozialistischen Erbe schlicht "unökonomisch", letztlich also auch nicht in ihrem Interesse ist. Zum Beispiel die Subventionen für notwendige Lebensmittel, die den Produzenten ihren sozialistischen Gewinn und der Arbeiterklasse eine im wesentlichen gesicherte Reproduktion garantieren sollten, nun aber dem Staatshaushalt zu teuer werden, weil es wichtigere Anliegen gibt. Selbstverständlich werden auch hier die Subventionen nur deshalb gekürzt, damit auch die Verbraucher die richtigen "Marktsignale" bekommen:

"Allerdings kann das Preissystem seine Funktion in der Wirtschaft nur dann erfüllen, wenn eine organische Beziehung zwischen Produktions- und Konsumentenpreisen besteht. Beide können nicht längere Zeit hindurch unabhängig voneinander behandelt werden. Das ist ein notwendiges Erfordernis, wenn sich die Konsumtion und die Konsumtionsgewohnheiten im Einklang mit unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten entwickeln sollen." (Janos Kadar höchstpersönlich, Bericht an den 12. Parteitag im März 1980)

Auch andere Mißbräuche des realsozialistischen Sozialstaats sollen nicht länger geduldet werden.

“Heute gibt es im Land bei zehn und einer halben Million Einwohnern etwa 1,3 Millionen Rentner und auf sonstige Zuwendungen angewiesene Personen. Wollten wir deren Lage gleichmäßig verbessern, dann waren wir, glaube ich, weder gerecht, noch würden wir dort wirklich helfen, wo dies tatsächlich not tut... Deshalb müssen wir uns darum bemühen, die Lage der wirklich Notleidenden zu bessern...” (Kadar zum 13. Parteitag)

Das kennt man doch irgendwie alles vom Kollegen Blüm.

Sozialismus sucht profitwilliges Kapital

Die Neuerungen, die sich die ungarische Partei hat einfallen lassen, sind in einer Hinsicht sehr radikal: Sie hat an allen Punkten entdeckt, daß das Interesse an einer Gewinnakkumulation, die die staatliche Zahlungsfähigkeit stärkt, mit der Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der Arbeiterklasse nicht vereinbar ist. Und sie kennt auch keine Skrupel, wenn sie die entsprechenden Konsequenzen zieht.

Was allerdings den *Erfolg* angeht, das erwünschte Wirtschaftswachstum, da sind der ganze reformpolitische Einfallsreichtum und die realsozialistische Tatkraft mit einer Bedingung konfrontiert, an der sie recht wenig ausrichten können. Wie weit erstens der *Weltmarkt* als Absatzmarkt für ganz viel ungarische Ware taugt, hängt nach wie vor von dessen Konjunkturen, von der da existierenden Konkurrenz und von den wirtschaftspolitischen Beschlüssen der westlichen Staaten ab. In den 70er Jahren haben z.B. ein paar EG-Beschlüsse genügt, um die ungarischen Agrarexporte von 30% auf 13% der Gesamtexporte in den Westen schrumpfen zu lassen. Und nicht umsonst beschwerten sich die ungarischen Politiker bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten, wenn sie z.B. Strauß, Jaumann und Konsorten auf Freßtour in ihrem Land herumkomplimentieren, wie ungerecht der westliche Protektionismus, “Diskriminierungen” usw. gegenüber ihrer Liberalität und ökonomischen Freizügigkeit sei.

Und zweitens, so sehr sie auch alle gesetzlichen Spielräume für die Gewinnmacherei eröffnen und die Geldzirkulation dafür herrichten irgendwie besitzt ihre Nationalökonomie doch immer viel zu *wenig* von dem, was man braucht, um in der internationalen Konkurrenz zu bestehen: *Kapital*. Ungarische Politiker und Banker werben inständig um Kapitalzuflüsse. Kooperationsverträge zwischen westlichen und ungarischen Firmen sollen den Zuschuß zu ihrer Wirtschaft erbringen, der den “Anschluß an internationale Standards” sichert. Sei es durch die Überlassung von im Westen veralteten Maschinenparks, sei es als Kredit, als “know-how”, als Eröffnung von “Marktzugängen”, Einführung in die Geheimnisse des “Marketing” und andere Feinheiten des kapitalistischen Geschäfts. Anlagesphäre für westliches Kapital möchte man gerne sein dürfen und auf diese Weise an dessen Geschäftserfolg und Sachverstand automatisch mitprofitieren. Daß der Ertrag der bisher stattgefundenen Kooperationsgeschäfte eher enttäuschend ausgefallen ist, steigert nur die Bereitschaft zu weiterem Entgegenkommen. Die vom Westen erwünschten Verträge, Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommen sind bereits unterschrieben. Und eine Konzession nach der anderen in Sachen Befreiung von Zöllen und Steuern, Gewinntransfer, Devisenverkehr und Offshore-Zonen wird gemacht. Die von der Partei propagierte vorteilhafte Benutzung von Weltmarkt und internationaler Arbeitsteilung hat sich in die Anstrengung verwandelt, die Subjekte des Weltmarkts zur Benützung der ökonomischen Ressourcen der ungarischen Nation zu bewegen.

Der beabsichtigte Erfolg, was das sprunghafte Wachstum der Wirtschaft angeht, ist also ziemlich zweifelhaft, was die Herstellung von Armut betrifft, umso sicherer. Die Emanzipation der Reichtumsproduktion von den sozialstaatlichen Rücksichtnahmen eines realen Sozialismus besitzt eine ansehnliche Hebelwirkung, aber weniger für die Imitation kapitalistischer Geschäftserfolge als für die Enteignung einer realsozialistischen Arbeiterklasse. Das bereitet der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei allerdings kein besonderes ideologisches Kopfzerbrechen, sondern beflügelt wiederum den Reformgeist und zwar in der politischen Abteilung.

Realsozialistische Selbstkritik II

10 Demokratie, das Ideal reibungsloser Herrschaft

Ungarische Politiker machen überhaupt kein Geheimnis daraus, *woher* ihr Bedürfnis nach Reform auch der politischen Prozeduren stammt. Sie wissen, was sie ihrem Volk zumuten, und halten es deshalb mit einem geradezu demokratiereifen politischen Zynismus für sehr nützlich, der Unzufriedenheit ihres Volks Gelegenheiten zu verschaffen, sich Luft zu machen und von der Politik bescheinigen zu lassen, wie gut die Unzufriedenheit bei ihr aufgehoben ist.

“Doch die Verteilungsprobleme und die damit einhergehenden Spannungen werden uns noch über eine sehr lange Zeit hinweg begleiten. Auch das spricht für die Entstehung und Verstärkung von Mechanismen, die gesellschaftliche Interessen vermitteln und geltend machen, und für die Entwicklung eines politischen Systems, in dem die Interessen offen zutage treten. Das meiste Kummernis entsteht nämlich dann, wenn die Leute kein Forum haben, wo sie ihre Beschwerden vortragen können, oder wenn sie das Gefühl haben müssen, daß sich mit ihren Beschwerden ein Haufen Bürokraten befaßt und keine demokratischen Foren.” (Rezso Nyers, sogenannter “geistiger Vater” der Wirtschaftsreform, 1975 wegen der “Preisexplosion” als ZK-Sekretär und Politbüromitglied abgesetzt, seitdem als freier Vordenker in der USAP tätig.)

Und die Partei nimmt solche Anregungen dankend auf und weiß auch schon, wie sich demokratisch mit Beschwerden umgegangen gehört:

“Auf den Foren des öffentlichen Lebens müssen die Teilnehmer zur politischen Aktivität ermutigt und das Bewußtsein ihrer Zuständigkeit und Verantwortung für die gesellschaftlichen Belange gestärkt werden... Allen Staatsbürgern muß klargemacht werden, daß die Durchsetzung ihrer individuellen Interessen im Dienst des gesamtgesellschaftlichen Interesses erfolgen muß und nur unter dessen Berücksichtigung zu erreichen ist.” (Direktiven zum 13. Parteitag)

In diesem Sinne wird ein neues Presserecht verabschiedet, das den Staatsorganen eine “Informationspflicht” auferlegt, die süße Pflicht also, die Massen mit den staatlichen Sichtweisen, den höheren Notwendigkeiten all der Härten zu versorgen, die sie über sich ergehen zu lassen haben. Der zuständige ZK-Sekretär berichtet, wie gut das klappt:

“Die USAP hat stets alle ihre Vorstellungen wie auch ihre Sorgen der Öffentlichkeit vorgelegt... Dem ist es auch zu verdanken, daß die Politik der USAP selbst unter den gegenwärtigen, schwierigeren Verhältnissen akzeptiert wird.” (Budapester Rundschau, 25.3.86)

5 Die Vorteile des Wahltheaters hat man auch entdeckt und den Wählern die Freiheit eröffnet, zwischen verschiedenen Kandidaten aussuchen zu dürfen bzw. selber Kandidaten vorzuschlagen.

“Eine der wichtigsten Lehren ist wohl, daß der Dialog, die Verständigung, die Klärung von Problemen durch die Methode der Demokratie auch zu solch schwierigen Zeiten gefördert werden, da relevante soziale Schichten zunehmend materielle und moralische Bürden zu tragen haben.”

10

Und was verlangen diese Bürden? Genau, Vertrauen in die Politik:

“Es müssen jene Rats- und Parlamentskandidaten gefunden werden, denen die Wähler ihr Vertrauen schenken.” (Nepszabadsag, 8.6.85)

15

Ganz nebenbei läßt sich auch noch der Erfolg verbuchen, daß die fünfeinhalb ungarischen Dissidenten es nicht einmal geschafft haben, die für die Aufstellung erforderliche Ein-Drittel-Mehrheit in ihren Wahlkreisen zustandezubekommen.

Das Herrschaftsrezept: Liberalismus

20

Daß die USAP ohne jede Not, ohne dazu von unzufriedenen Teilen des Volks oder irgendeiner Sorte Angriff auf ihre Macht dazu gedrängt worden zu sein, ihre Herrschaftsverfahren modifiziert, widerlegt die Feindbildlegende vom tiefen Wunsch der Ostblockvölker nach Demokratie sehr drastisch. Ausschließlich die Partei selbst hat die Vorteile gewisser demokratischer Prozeduren entdeckt. Und diese Freiheit im Experimentieren mit Regierungstechniken zeigt nur, wie solide die Herrschaft über das Volk mit dessen Einverständnis funktioniert ausgerechnet in dem “Satellitenstaat”, der in seiner Gründungsphase einen regelrechten Bürgerkrieg zu verzeichnen hat. Aus der Geschichte gelernt?

25

Auf jeden Fall anders als es die westliche Journalistenmafia zu wissen behauptet, die die Kadar-Herrschaft gerne für die Einführung herrlicher kleiner Freiheiten lobt. Gelernt hat die ungarische Partei - nach der berüchtigten Kadar-Devise: “Wer nicht gegen uns ist, ist für uns” -, daß Herrschaft auch ohne die hundertprozentige *weltanschauliche* Übereinstimmung der Volksmassen mit den Weisheiten des “Marxismus-Leninismus” funktioniert. Wenn die Partei das Sagen hat, also die Bedingungen bestimmt, unter denen die Leute zu leben, zu arbeiten, also sich staatsnützlich aufzuführen haben, kann man sie, anstatt sie immerzu ideologisch zu behelligen, doch genausogut als “unbewußte Erbauer des Sozialismus” klassifizieren:

30

35

“Aber wir werden auch von Leuten mit einem relativ niedrigen gesellschaftlichen Bewußtsein unterstützt, die in erster Linie an ihren eigenen und den Lebensbedingungen ihrer Familie interessiert sind. Sie interessieren sich nicht sehr für Ideologien, der Personenkult ist ihnen völlig unbegreiflich, und sie haben andererseits auch sehr wenig begriffen, was Revisionismus ist. Sie sagen nur, daß das Leben leichter und besser geworden ist...” (Kadar in einem Interview für “L’Humanite” vom 6.1.63)

40

“In einem sozialistischen Staat trägt jeder Bürger, der sich mit Arbeit seinen Lebensunterhalt verdient und seinen Beruf ehrlich ausübt, zu dem Aufbauwerk bei, das in diesem Land auch ohne seine ausdrückliche persönliche und politische Zustimmung stattfindet. Es wäre in politischer Hinsicht schädlich und ungerecht, jemanden, der sich nicht für gewisse ideologische Fragen und Ideen interessiert oder dem solche Themen gleichgültig sind, als Feind zu betrachten. Überhaupt halte ich es für unvernünftig, die Anzahl unserer Feinde dadurch zu vergrößern, daß wir irgendwelche Leute als solche bezeichnen...” (Kadar-Interview für UPI, 2.7.66)

Eben diese Parteilinie, auf den *Opportunismus*, auf das *notgedrungene Mitmachertum* des Volkes zu setzen, gilt unter den westlichen Ungarn-Fans als sympathisch liberal. Als wäre die Liberalität dieser nationalkommunistischen Abart nicht ausschließlich eine im Umgang mit der eigenen ideologischen Tradition. In dieser Hinsicht ist es jedem mit augenzwinkerndem Einverständnis der Partei erlaubt, den Marxismus-Leninismus für verstaubt oder lächerlich zu halten und “zeitgemäßere Ideen” zu pflegen. Neben der demonstrativ gepflegten weltanschaulichen Toleranz werden die politischen Beschlüsse der Partei aber sehr ungerührt und rücksichtslos durchgezogen. Gerade mit der fiktiven Trennung von “ideologischen” und “sachlichen” Fragen hat die Partei eine überaus nützliche Technik entwickelt, auf der einen Seite eine umgängliche Offenheit zu demonstrieren und auf der anderen Seite ihre Beschlüsse als Ausfluß schierer “Sachnotwendigkeiten” vorzustellen. So muß z. B. die Blockzugehörigkeit immer wieder als Grund für alle möglichen “wirtschaftlichen Mängel” herhalten und das nationalistische Einverständnis mit der Regierung herstellen: Ungarn sei nun einmal im Bündnis gewissen Zwängen unterworfen, aus denen die Regierung aber doch immerhin das Beste machen würde... Neuerdings sind noch ein paar andere “Sachzwänge” dazugekommen, der Weltmarkt, die Schulden, die Inflation usw. Über die wird das Volk mit allen Dummheiten der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre immerzu unterrichtet, so daß die *Kalkulation* der Partei mit diesen wirtschaftlichen Errungenschaften erst gar nicht in die Schußlinie kommt. Statt dessen darf das Volk lebhaft diskutieren, ob es auch gerecht zugeht, ob die Reformmaßnahmen auch energisch genug durchgeführt werden, ob “Erscheinungen, die unsere moralischen Normen verletzen”, auch entschieden genug verfolgt werden.

Auf gutem Fuß mit der “russischen Knute”

Und die Russen, die doch bekanntlich immerzu alles Fortschrittliche im Ostblock verbieten? Wenn es bloß so wäre. Bei jedem sowjetisch-ungarischen Treffen fangen die Ostkenner in den westlichen Medien immer schon vorher das Zetern an und regen sich künstlich darüber auf, daß jetzt den armen Ungarn sicher wieder etwas von den bösen Russen verboten wird. Und nachher erfährt man aus denselben Medien, daß die Sowjetunion Ungarn davor gewarnt hat, sich zu weit in die Ahhängigkeit vom Westen zu begeben. Und das ist alles andere als ein Verbot, nämlich ein Hinweis auf einen *Sachverhalt*, von dem die sowjetischen Politiker wahrscheinlich gar nicht einmal genau wissen, wie recht sie haben, wie weit nämlich die ökonomische Abhängigkeit Ungarns vom Westen bereits gediehen ist. Aber die sowjetischen Politiker haben sich ja noch nie sonderlich für politische Ökonomie interessiert, sondern viel lieber den gut funktionierenden sowjetisch-ungarischen Warenaustausch gerühmt. Wenn es denn schon eine *Warnung* von seiten der Sowjetunion sein soll, kommt sie auf jeden Fall einigermaßen zu spät.

In politischer Hinsicht kann von irgendwelchen Verboten auch keine Rede sein: Ein Bedürfnis Ungarns, aus seinem Block auszutreten oder der Sowjetunion die außenpolitische Treue aufzukündigen, gibt es nämlich gar nicht. Die USAP weiß nämlich - ganz im Gegensatz zu der berechnend gepflegten Ideologie, der RGW enthalte furchtbar viele lästige Beschränkungen -, was sie an ihrem Bündnis in ökonomischer Hinsicht hat: Mit sicheren billigen Rohstofflieferungen und einem garantierten Absatzmarkt für Zeug, mit dem man im Westen keine großen Gewinne machen kann, eine hervorragende *Grundlage* für den Außenhandel in der anderen Himmelsrichtung:

“Die Plankoordinierung mit den RGW-Mitgliederländern schafft für das Land ein festes Hinterland zwecks Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in anderen Relationen.”
(Nepszabadsag, November 85)

Anhänger der friedlichen Koexistenz und der entsprechenden außenpolitischen Anstrengungen sind die Ungarn schon gleich; den Ost-West-*Gegensatz* halten sie für ziemlich *überflüssig*, ihre Außenhandelsambitionen dagegen für friedensfördernd:

“Da es eine Grundposition der ungarischen Außenpolitik ist, daß sich eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten nicht automatisch auf die internationalen Beziehungen Ungarns auswirkt, stellt für Ungarn die optimale Nutzung der Möglichkeiten beim Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen sowohl in außenwirtschaftlicher als auch außenpolitischer Hinsicht eine wichtige Aufgabe dar. Auch in dieser Frage stimmt das nationale Interesse Ungarns mit dem der Verbündeten überein, was um so mehr zutrifft, als die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Dialogs dazu beitragen kann, daß eine weitere Zuspitzung des rhetorischen Kampfes vermieden wird...” (Gerd Biro, Präsident der ungarischen Handelskammer, “Rahmenbedingungen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen”, Osteuropa-Wirtschaft 2/85, S. 109)

Die Entdeckung der Lohn-Preis-Spirale als Mittel zur Lohnsenkung

Ein ungarischer Politiker erklärt die Kunst, die Löhne zugleich steigen und sinken zu lassen:

5 “Man hätte freilich die Löhne und Einkommen ‚einfrieren‘ können. Es ist jedoch leicht einzusehen, daß dafür keine vernünftige Möglichkeit besteht. Ein erheblicher Teil der Beschäftigten arbeitet im Leistungslohn. Wenn sie für höhere Leistungen nicht auch mehr Geld bekommen, verliert die Entlohnung jeden Anreiz. Andere qualifizieren sich oder werden befördert, gleichfalls Anlässe für Lohnerhöhung. Last, but not least können erwünschte Arbeitskräftebewegungen in erster Linie über attraktive Löhne veranlaßt werden.

10 Bleiben jedoch bei steigenden Einkommen die Preise konstant, während das Warenangebot - vor allem außenwirtschaftlich bedingt - nicht erweitert werden kann, käme es zu einer Reihe negativer Erscheinungen: Warenmangel, Käuferschlangen, Verkauf unter dem Ladentisch mit Preisaufschlag, Schwarzmarkt und Korruption. Davon wäre nicht nur die Stimmung in der Gesellschaft beeinträchtigt. Eine weitere Folge wäre ein schnelles Klettern der Beschaffungspreise, also Inflation. All dies stünde in krassem Gegensatz zu den ursprünglich beabsichtigten Auswirkungen eines Preisstopps.

15 ‚Das kleinste Übel‘

Daher kam die Wirtschaftspolitik zu dem Schluß, daß unter den gegebenen Umständen “das kleinste Übel” eine Erhöhung des Preisniveaus innerhalb bestimmter Grenzen bei Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen Kaufkraft und Warendecke, der Sicherung des Warenangebotes sei.” (Staatssekretär Hoos)

20 Wenn man also die Warenpreise so sehr anhebt, daß einige Leute sich die Waren nicht mehr leisten können, wenn dadurch immer genug Waren in den Läden verbleiben und die Käufer, denen das Geld zum Kaufen fehlt, nicht Schlange stehen müssen, dann hebt das die Stimmung in der Gesellschaft.

25 **Geld und Moral**

30 “Der einzelne hat für eine gewisse Zeit Geduld, er schlägt keinen Krach, wenn sich die Kassiererin im Supermarkt mit brillianter Technik irrt. Er duldet auch, daß er nie Mangelwaren bekommt, obwohl sie unter dem Tisch vor seiner Nase ausgegeben werden. Er schluckt, daß beim Friseur für vier Forint Trinkgeld keiner seine Grüße erwidert, und daß sich der Mann an der Tankstelle für seine zwei Forint bedankt - und sie zurückgibt. Er sträubt sich nicht, wenn der Postbote ihn wegen des Ausbleibens von Trinkgeld ‚erzieht‘ und seine Sendungen stets verspätet zustellt oder seine Rente immer wieder zurückbringt. Er versucht eine Weile, den Wettlauf mit den immer aggressiver werdenden und immer ungeschminkter auftretenden Bedürfnissen mitzumachen: Er zahlt immer mehr Miete für das Zimmer im Sommerurlaub am Plattensee, den Leuten; die ihm Öl, Holz oder Kohle ins Haus transportieren... Und dann reißt der Faden einmal irgendwo. Die sekundäre Verteilung mit Kompensationscharakter ist nichts anderes als die Erkenntnis, daß man sich auf die Teufelskutsche setzen muß, wenn man sein Lebensniveau halten will. Diese Art von Zersetzung der Moral ist vielleicht die gefährlichste.” (Sandor Erdelyi: Über die sekundäre Verteilung)

40 Vielleicht versucht ihr’s mal mit Planwirtschaft, anstatt euch auch noch mit dem Verfall der Moral herumzuplagen?!

Eine Konvergenztheorie von drüben

Der Chefredakteur der Parteizeitung "Nepszabadsag" findet die zeitliche Koinzidenz bemerkenswert, daß in der BRD und in Ungarn die Rentner verarmt werden:

5 "Es stimmt auf jeden Fall nachdenklich, daß die älteren Staatsbürger in der reichen BRD
und im mittelmäßig entwickelten Ungarn die gleichen Sorgen drücken. Also in dem
kapitalistischen Staat, der den dritten Platz in der Welt einnimmt, und in dem kleinen
sozialistischen Land, im Mittelfeld der Nationen. Anscheinend bekommt heutzutage der
10 kleine Mann überall zu spüren, daß das Schiff der Weltwirtschaft nur in den Wellen
schlingert und kaum merklich vorwärts kommt.

Gewiß wird auch in Zukunft jeder auf seine Weise versuchen, ruhigere Gewässer zu erreichen.
Aber auch dafür kann der Beweis erbracht werden, daß sich die einschlägigen Voraussetzungen
nur kraft gemeinsamer Anstrengungen schaffen lassen."

Ein origineller Beweis für die Notwendigkeit von friedenssicherndem Außenhandel.

15

Was Ungarn geneigten Kapitalinvestoren alles zu bieten hat

20 "So bedeutet es beispielsweise bei der Kalkulation der Produktionskosten einen
wesentlichen Faktor, daß in Ungarn die Dienstleistungen billiger sind und die
Grundstücke, die Kosten für Wasser und Strom, Baustoffe und die in Ungarn geförderten
Rohstoffe und hergestellten Halbwaren... In Ungarn ist ebenfalls eine Reihe von Roh- und
Grundstoffen billig, die aus den anderen Mitgliedsstaaten des RGW eingeführt werden, da
diese Materialien zollfrei importiert werden..."

25 Die Löhne und Gehälter sind in Ungarn ebenfalls wesentlich niedriger als in den
hochentwickelten Industriestaaten..." (Der Präsident der Ungarischen Handelskammer)

Und auch der Sozialismus ist in Ungarn so billig, daß ihn ein auswärtiger Kapitalist gar nicht zu
spüren bekommt:

30 "Bezüglich der Gründung und Betriebsweise gibt es zwar spezielle administrative
Bestimmungen, deren Beachtung aber das Problem der ungarischen Seite ist. Bei einem
guten ungarischen Partner bekommt die ausländische Seite sie kaum zu spüren..."
(Süddeutsche Zeitung, 3.12.85)

35 ***Demokratischer Dialog über die Unentbehrlichkeit von proletarischer Armut und
privatem Reichtum***

“Erhalten die Werktätigen im sozialistischen Sektor in den Großbetrieben eigentlich einen geringeren Lohn? Und wenn dem so ist, warum zahlen die Betriebe dann nicht mehr?

Man sieht sich in einem Teufelskreis: Die Großunternehmen können ihren Beschäftigten nicht mehr zahlen, weil deren Arbeit nicht effizient genug ist. Der niedrige Lohn veranlaßt indes die Werktätigen, neben der Hauptarbeit noch in beträchtlichem Maße Zusatzarbeit zu leisten.

Sind die Einkommen im unternehmerischen Sektor im Vergleich mit denen in sozialistischen Unternehmen tatsächlich unproportional hoch?

Zu auffallend hohen Einkommen gelangt vor allem jener Personenkreis, der - legal oder illegal - fremde Arbeitskraft engagiert und/oder im Privathandel tätig ist. Freilich darf man nicht vergessen, daß überall auf der Welt das Einkommen der Selbständigen über dem der Lohn- beziehungsweise Gehaltsempfänger liegt. Sie wirtschaften mit eigenem Kapital und gehen dabei auch ein Risiko ein. Quelle wachsender Spannungen ist die bekannte Tatsache, daß der Arbeitslohn auf dem ‚freien Markt‘ im Durchschnitt das Zwei- bis Dreifache des für die Hauptarbeit gezahlten Lohnes beträgt.

Ein Motiv für das Unternehmerverhalten ist eine aus der früheren Unsicherheit des Privatsektors resultierende kurzfristige Denkweise, die manchmal zu einer raschen, hart an den Grenzen der Gesetzlichkeit stehenden Bereicherung anregt.

Teilen Sie die Auffassung, die aus den Einkommensunterschieden entspringenden sozialen und wirtschaftlichen Spannungen hauptsächlich über ein Zurückdrängen der aus dem Privatsektor stammenden Einkommen zu beheben?

Meines Erachtens üst im Gegenteil gerade die Entfaltung der Konkurrenz im Sektor der Kleinunternehmungen ein Weg zur Reduzierung der Einkommensunterschiede, und zwar mittels einer erhöhten Anzahl ihrer Beschäftigten. Auch die rasch wachsenden Ansprüche an die Kleinunternehmungen unterstreichen die Zweckmäßigkeit dieses Weges.

Ein anderer Weg zur Lösung der zwischen beiden Sektoren bestehenden Lohndisproportionen wäre eine beträchtliche Lohnerhöhung im staatlichen Sektor. Ist dieser Weg gangbar?

Wie bereits bemerkt, würde unter den gegenwärtigen Umständen ein offizielles Aufstocken des Lohnniveaus in Großunternehmen der Situation nicht verbessern, sondern eher über eine galoppierende Inflation die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen erhöhen. Ein höheres Lohnniveau im staatlichen Sektor setzt Fortschritte in der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im allgemeinen und ein Wachstum der Leistungen der Großunternehmen im hesoonderen voraus.” (Nepszabadsag, März 86, Interview mit Katalin Falus-Szikra, Dozentin für Wirtschaftswissenschaft, Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften)

5

10

15

20

25

30

35

40